

ALLES SCHAUT AUF STRASSBURG

Im Mai wird das europäische Parlament neu gewählt. Was die Parteien in ihren Wahlprogrammen zu Forschung und Bildung versprechen und was Vertreter von Wissenschaftsorganisationen ihnen ganz oben auf die To-do-Liste schreiben.



TEXT: ANNICK EIMER

Für diesen Beitrag haben wir die Wahlprogramme derjenigen deutschen Parteien ausgewertet, die bei den letzten Europawahlen (2014) die meisten Stimmenanteile erhielten. Das waren die CDU mit 30 Prozent, die SPD (27,3) die Grünen (10,7), die AfD (7,1), die CSU (5,3) und die FDP (3,4).

In die Analyse fließen vor allem die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP ein. Von der AfD gibt es zu den meisten Themen keine Position, weil die Partei auch bei Forschungs- und Bildungsthemen eine anti-europäische Haltung einnimmt und sich entsprechend vielen europäischen Themen verweigert. Bologna sei gescheitert und Bildungspolitik müsse in nationaler Kompetenz verbleiben, heißt es in ihrem Programm. Zur Forschungspolitik ist zu lesen: „Die AfD tritt an, die Missstände bei der Forschungsförderung auf europäischer Ebene zu beheben. Dazu fordern wir [...] eine Rückführung der Budgets in nationale Verantwortung [...]“

Wissenschaftsfreiheit

Die Grünen und Die Linke beschäftigen sich in ihren Wahlprogrammen mit der Wissenschaftsfreiheit im Zusammenhang mit der Grundfinanzierung. Die Grünen schreiben hierzu: „Echte Wissenschaftsfreiheit setzt eine solide Grundfinanzierung voraus, sodass nicht nur für Unternehmen lukrative Forschungsgebiete bestehen, sondern auch Grundlagen- und kritische Forschung langfristig in der EU eine Heimat haben.“ Im Sinne der Wissenschaftsfreiheit wollen sie die europäischen Forschungsförderungen stärken, etwas gegen den „Flickenteppich nationaler Forschungsprogramme“ und gegen die Spaltung zwischen forschungsstarken und forschungsschwachen Mitgliedsstaaten unternehmen. Die Linke kritisiert, dass „Wissenschaftsfreiheit ideologisch vor dem Hintergrund von Sparmaßnahmen und Finanzsteuerung beachtlich unter Beschuss steht“.

Zum Umgang mit der Wissenschaftsfreiheit in EU-Staaten wie Ungarn, aber auch außereuropäischen Ländern wie der Türkei äußern sich die Parteien wie folgt: Die FDP will allgemein die Rechtsstaatsmechanismen weiter stärken und unter anderem rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, die es erlauben, Staaten, die sich nicht an Bürger- und Grundrechte halten, EU-Mittel zu streichen. Die Grünen setzen sich für einen europäischen „Fonds für verfolgte Wissenschaftler*innen“ ein, aus dem Forschungsaufenthalte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen finanziert werden können. Auch die Linken wollen ein europäisches Förderprogramm für geflüchtete Wissenschaftler. Die SPD will die Bologna-Konferenz zu einer europäischen Hochschulkonferenz weiterentwickeln, die konkrete Maßnahmen entwickeln soll, um im europäischen Hochschulraum die Wissenschaftsfreiheit zu sichern.

Die AfD dagegen positioniert sich mit der Forderung, geschlechtsspezifische Förderung abzuschaffen, und fordert zudem: „Die staatliche Förderung der sogenannten Genderwissenschaft ist zu beenden.“

Mehr Europa



Foto: M. Cugnat / EU 2019

Wir begrüßen die „European Universities Initiative“ der Europäischen Union, die es Universitäten ermöglicht, Modelle für die Zukunft der universitären Lehre zu entwickeln. Ziel ist es, junge Menschen über Grenzen, Disziplinen, Kulturen und Sprachen hinweg auszubilden und die europäische Identität zu stärken. Auf dem Weg zu Europäischen Universitäten müssen diesem wichtigen Schritt jedoch weitere folgen. Die „European Universities Initiative“ muss entscheidend weiterentwickelt und mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um ambitioniertere Ziele zu erreichen: europäische Universitäten, die in Forschung, Lehre und Transfer zu den besten Universitäten weltweit gehören, und die Konkurrenzfähigkeit des europäischen Bildungs- und Forschungsraums weiter sichern und steigern. „Eucor – The European Campus“ ist ein seit 30 Jahren bestehender Zusammenschluss von fünf Universitäten in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, die gemeinsame Strukturen, Governance sowie Strategien in Lehre, Forschung und Transfer entwickelt haben.

Prof. Hans-Jochen Schiewer,
Eucor – The European Campus

Nachhaltigkeit

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen stärker ihre Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft wahrnehmen und ihre Forschung sowie Ausbildung daran ausrichten. Die Wirtschaftswissenschaften zum Beispiel müssen nach unserer Auffassung zum kritischen Korrektiv eines ungezügelt wirtschaftlichen Wachstums zugunsten einer am Gemeinwohl orientierten Ökonomie werden. Die Entschleunigung der raschen globalen Klimaänderungen muss daher ein zentrales Thema für die meisten Wissenschaftsdisziplinen bleiben. Die rasante Entwicklung der Gentechnologie ermöglicht durch Eingriff in die Evolution, die Natur von uns zu entfremden. Die raschen Fortschritte bei sogenannter Künstlicher Intelligenz und bei der Digitalisierung eröffnen die verdeckte Steuerung unseres privaten und öffentlichen Lebens. Weiterhin besteht kein wirksamer Schutz vor dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen. Die Kündigung von Rüstungskontrollverträgen ist hierbei ein erschreckendes Warnsignal. Das Prinzip der Technikfolgenabschätzung muss als Richtschnur im politischen Prozess verstärkt werden. Interdisziplinäre wissenschaftliche Expertise sollte die nachhaltige Verträglichkeit von politischen Entscheidungen bewerten.

Das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Wissenschaft ist fundamental für transformative Entwicklungen und muss daher strukturell und finanziell gestärkt werden. So muss die Drittmittelförderung der Wissenschaft zugunsten einer höheren Grundfinanzierung von wissenschaftlichen Forschungs- und Bildungseinrichtungen reduziert werden.

Prof. Ulrich Bartosch,
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler



Foto: M. Caignat/EU 2017

Mobilität

Alle Parteien bis auf die AfD bekennen sich zu Erasmus. Die SPD will die Fördermittel für Erasmus+ verdreifachen und außerdem einen europäischen Studierendenausweis einführen. Außerdem fordert sie, genau wie Die Linke, die Abschaffung von Studiengebühren im europäischen Hochschulraum. Die FDP möchte Erasmus in der beruflichen Bildung ausweiten, ebenso die Grünen, die zudem mehr Erasmus-Gelder für Schüler und Auszubildende fordern. Die Linke will die Erasmus-Gelder verzehnfachen, um die Auslandsaufenthalte finanziell schlechter gestellter Studierender und Azubis zu finanzieren. Auch die CDU will die Mittel für Erasmus erhöhen, sagt aber nicht um wieviel. Die FDP fordert die Einführung einer neuen Grundfreiheit – der Bildungsfreizügigkeit. Alle EU-Bürger sollen Bildungsangebote in jedem EU-Land annehmen können. Die FDP will sich außerdem dafür einsetzen, dass die Semesterzeiten europaweit angeglichen und Studienmodule umfangreicher gegenseitig anerkannt werden, damit ein Auslandssemester die Studienzeit nicht verlängert.

Europäische Hochschulen

SPD und Grüne stehen hinter der Idee, europäische Hochschulen zu schaffen. Die Grünen nennen als mögliche Vorbilder das Europäische Hochschulinstitut Florenz, die Europa-Universität Viadrina und den Hochschulverbund Eucor. Die FDP will grenzüberschreitende Hochschulnetzwerke ausbauen und „punktuell Hochschulen in Trägerschaft der EU“ schaffen. Eine European Digital University soll Fernstudien ermöglichen. Die CDU unterstützt die Bildung europäischer Hochschulnetzwerke und will „exzellente europäische Universitäten gezielt fördern“. Die Linke hat dagegen Vorbehalte: „Die Linke lehnt eine europäische Exzellenz-Initiative zugunsten von Prestige-Universitäten, wie die European University Networks, entschieden ab.“

Innovationen und Startups

Die SPD bekennt sich in ihrem Wahlprogramm zur Einrichtung eines Europäischen Innovationsrates. Die Grünen wollen europäische Innovationszentren aufbauen, und in jedem EU-Mitgliedsland sollen „One-Stop-Shops“ für Startups geschaffen werden. Um nichteuropäische Start-ups anzuziehen, wollen sie außerdem ein europäisches Start-up-Visum einführen. Die FDP will die Rahmenbedingungen für Start-ups verbessern, indem sie grenzüberschreitende europäische Sonderwirtschaftszonen für digitale Ausgründungen schafft. Außerdem will sie eine Europäische Agentur für Sprunginnovationen gründen, sowie einen „Zukunftsfonds Europa“, der Wagniskapital an Start-ups vergibt. Auch die CDU will einen solchen Fonds einrichten, heißt es dort unter dem Stichwort „Digitale Gesellschaft“.

Open Access

Die SPD will eine europäische Cloud aufbauen, in der Forschungsergebnisse, Forschungsdaten und Dateninfrastruktur frei zugänglich gemacht werden. Die Grünen schlagen vor, Initiativen wie „cOAlition S“ zu unterstützen, einen Zusammenschluss von Forschungsförderorganisationen, der EU-Kommission, und des Europäischen Forschungsrats, dessen Mitglieder vereinbart haben, ab 2020 einen offenen Zugang zu von ihnen geförderten wissenschaftlichen Veröffentlichungen verpflichtend einzufordern. Die FDP will, dass wissenschaftliche Ergebnisse, die zu mehr als 50 Prozent durch europäische Forschungsförderung finanziert wurden, Open Access publiziert werden. Die Linke will mehr Mittel für die Förderung von Open-Source-Strukturen aufwenden und setzt sich für eine öffentlich geförderte Open-Access-Plattform für Publikationen ein. //



Foto: Fred MARVAUX / EU

Kontinuität

Zu Beginn der nächsten Legislaturperiode ist es wichtig, die Initiativen, die noch unter der Führung von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angebahnt wurden, umzusetzen. Dazu gehört die neue Generation der EU-Förderprogramme für Forschung, Innovation und Bildung. Auch das Interesse an Innovationsinvestitionen im Rahmen einer neuen Europäischen Industriepolitik ist positiv zu sehen. In diesem Zusammenhang ist die Rolle der Forschung neu zu denken und stärker zu fördern. Weiter muss die Arbeit an einem Europäischen Bildungsraum fortgesetzt werden. Neben Mobilität ist die Kooperation zwischen Hochschulen sowie anderen Akteuren und Bildungseinrichtungen zu fördern. Die Weiterentwicklung Europäischer Universitäten als grenzüberschreitende Hochschulnetzwerke ist eine spannende Herausforderung für die nächsten Jahre. Zudem wird der Kooperation mit Drittstaaten außerhalb der EU eine bedeutendere strategische Rolle zukommen. Hier sollten wir vor allem die Zusammenarbeit mit unseren engsten Nachbarn wie der Schweiz und dem Vereinigten Königreich auf eine stabile Grundlage stellen durch eine breite Assoziierung zu EU-Förderprogrammen. Dies sind einige sehr konkrete Projekte, die Kommission und Parlament in den nächsten Jahren weiter vorantreiben sollten. Daneben wird es aber auch immer wichtiger, unsere gemeinsamen Werte zu schützen. Dazu gehört in erster Linie die akademische Freiheit. Sie ist ein europäischer Grundwert und es muss klar sein, dass ein Verstoß gegen dieses Prinzip, wie wir es bereits erlebt haben, innerhalb der EU nicht toleriert wird.

Lesley Wilson,
European University Association (EUA)

Basisforschung

Die Verhandlungen zu „Horizon Europe“ sind von den europäischen Institutionen mit beachtlicher Energie und großem Engagement sehr weit vorangetrieben worden. Nach den Wahlen wird es darum gehen, dieses Paket fertig zu schnüren. Für den Erfolg von Horizon Europe ist es unerlässlich, dass das Programm mit einem soliden Budget ausgestattet wird – das werden herausfordernde Diskussionen und wir hoffen, dass auch das neue Europaparlament ein wichtiger Fürsprecher der Forschung bleibt. Zu den in Zukunft wichtigen Inhalten: So wichtig Innovationen auch sind – es sollte nicht vergessen werden, dass die Grundlagenforschung von heute erst die Anwendungen von morgen ermöglicht. Forschungsinfrastrukturen legen häufig das Fundament für Forschungsergebnisse, dennoch sollen sie zukünftig einen geringeren Budgetanteil haben. Das ist kurzsichtig, denn beim länderübergreifenden Zugang zu Forschungsinfrastrukturen können die Forschenden aus verschiedenen Mitgliedsstaaten besonders von Europa profitieren. Die Zusammenarbeit in Verbundprojekten ist aus unserer Perspektive ebenfalls essentiell, um europäische Herausforderungen gemeinsam, über Grenzen und Disziplinen hinweg und außerdem mit langem Atem angehen zu können. Stichwort „über Grenzen“: Wir müssen stärker gegen die „Innovationskluft“ zwischen einzelnen Regionen in Europa angehen, sei es durch smarte Spezialisierungsstrategien oder gezielte Kooperationen von einzelnen Einrichtungen – wie es auch Helmholtz mit seiner eigenen „European Partnering Initiative“ bei seinen Forschungszentren anregt.

Annika Thies,
Helmholtz-Gemeinschaft, Brüssel



Foto: M. Cagnat / EU 2019



Foto: M. Christen / EU 2019

Exzellenz

Europa steht vor immensen Herausforderungen: In Zeiten innerer Zerrissenheit muss sich der Staatenverbund einem scharfen internationalen Wettbewerb stellen, in dem der Kontinent gegenüber den USA und China erkennbar an Boden verliert – dies gilt insbesondere für Hochtechnologiebereiche wie Künstliche Intelligenz. Daher muss das neu gewählte europäische Parlament einen parteiübergreifenden Konsens über die zentrale Bedeutung der Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation für die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition Europas entwickeln und der Stärkung des gesamten Europäischen Forschungsraums auf dem Fundament gemeinsamer Werte oberste Priorität einräumen. Konkret wird es darum gehen, das neue EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ auf den Weg zu bringen. Mit der im März 2019 erzielten Teileinigung ist ein wichtiger Meilenstein erreicht, der es dem neuen Parlament ermöglicht, zügig die Verabschiedung von „Horizon Europe“ zu vollziehen, um dann einen nahtlosen Übergang von „Horizon 2020“ auf „Horizon Europe“ sicherzustellen. Wichtig ist, eine substanzielle Budgeterhöhung für „Horizon Europe“ bei den anstehenden Etatverhandlungen durchzusetzen. Zudem sollte auch das neue EU-Parlament im Bereich der Forschungsförderung auf eine kompromisslose Exzellenzorientierung setzen, da allein diese die Innovationsfähigkeit Europas garantieren kann. Dazu muss insbesondere der Europäische Forschungsrat in seiner wissenschaftsgeleiteten Selbstverwaltung gefestigt und in seiner finanziellen Ausstattung gestärkt werden.

Dr. Berthold Neizert,
Max-Planck-Gesellschaft

Lokale Unis

Vor 200 Jahren hat die Gesellschaft viel Hoffnung in die Universitäten und in die Wissenschaft gesetzt. Die Menschen waren damals davon überzeugt, dass die Wissenschaft und Forschung die Erkenntnisse liefern würde, die die Gesellschaft voranbringen. Das hat sich inzwischen fundamental geändert. Wir leben heute in einer Zeit, in der die Erkenntnisse der Wissenschaft immer wieder infrage gestellt werden. Die Aufgabe der Universitäten ist es deshalb, sich wieder mehr den Menschen in ihrer Umgebung zuzuwenden. Das betrifft nicht nur die Wissenschaftler, sondern auch die Verwaltung der Universitäten und auch die Studierenden. Die Universitäten müssen eine neue Brücke in die Gesellschaft schlagen. Deswegen sollte das europäische Parlament in der nächsten Legislaturperiode eine Wissenschaftskampagne initiieren, an der sich alle europäischen Universitäten beteiligen. Diese Kampagne muss auf die lokalen Bevölkerungen ausgerichtet sein. Die Menschen außerhalb der Universitäten müssen wieder verstehen, dass die Wissenschaft für jeden in der Gesellschaft Gutes bringt. Besonders wichtige Akteure bei dieser Kampagne sind natürlich die Erasmus-Studierenden. Denn sie bewegen sich zwischen den Universitäten verschiedener Länder und den lokalen Bevölkerungen verschiedener Länder. Sie sind Botschafter zwischen den Hochschulen und den Menschen außerhalb der Hochschulen und sie sind außerdem Botschafter zwischen den Kulturen. Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, das Erasmus-Programm noch weiter auszubauen, damit noch mehr Menschen als bisher daran teilnehmen können.

João Pinto,
Erasmus Student Network



Foto: M. Cugnet / EU 2017